

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
1. Kapitel: Einführung.....	1
A. Vorstellung der Thematik.....	2
B. Überblick über den Verlauf der Untersuchung	5
2. Kapitel: Konzernweite Umstrukturierungen im Spannungsfeld zwischen Umwandlungsrecht und Aktienrecht.....	11
A. Umwandlungsrechtliche Umstrukturierungsmaßnahmen im Konzerngefüge	12
B. Identifizierung der Konfliktlage.....	16
I. Asymmetrische Risikoverteilung und Machtungleichgewicht in der Umstrukturierungsphase	16
1. Erhöhtes Risikopotential für Gläubiger des Unternehmens....	16
a. Szenario 1: Spaltung von positivem Vermögen	18
(i) Anwendungsbereich	18
(ii) Konflikt mit aktienrechtlicher Vermögensbindung.....	19
(a) Im Falle einer Abspaltung.....	19
(b) Abgrenzung zu weiteren Umwandlungsmöglichkeiten nach dem Umwandlungsgesetz.....	20
(c) Zwischenergebnis.....	20
b. Szenario 2: Debt-push-down auf Tochterunternehmen.....	20
(i) Anwendungsbereich	20
(ii) Konflikt mit aktienrechtlicher Vermögensbindung.....	21
(a) Im Falle einer Abspaltung.....	21
(b) Im Falle einer Ausgliederung.....	22
(c) Im Falle des Erlöschens des Rechtsträgers bei Verschmelzung und Ausgliederung	23

VII

(d) Abgrenzung zu weiteren Umwandlungsmöglichkeiten nach dem Umwandlungsgesetz.....	23
(e) Zwischenergebnis.....	24
2. Geringes Risikopotential der Anteilseigner	24
II. Anreize zum ex post Opportunismus	27
C. Fazit.....	31
3. Kapitel: Schutzhalt der umwandlungsrechtlichen Gläubigerschutzinstitute	33
A. Schutzangebot des Umwandlungsgesetzes de lege lata	34
I. Gläubigerschutzvorschriften des Verschmelzungsrechts	36
II. Gläubigerschutzregelungen nach §§ 133 ff. UmwG	37
III. Das Schutzangebot des § 22 UmwG als zentrale Schutznorm....	38
1. Konzeption des mittelbaren Gläubigerschutzes	38
2. Tatbestand und Ratio des § 22 UmwG	39
a. Tatbestandsvoraussetzungen	39
b. Normkonzeption mit dem Ziel der Individualität, Flexibilität und umfassenden Sicherung	40
3. Nur begrenzter Schutz des § 22 UmwG in der Praxis	41
a. Praktische Probleme der Unkenntnis, Zeitschranken und unklare Handhabung	42
(i) Auf faktischer Ebene	42
(ii) Auf rechtlicher Ebene.....	44
b. Zwischenergebnis	46
B. Schutzangebot bei opportunistischem Verhalten der Aktionäre	46
I. Wirkung des mittelbaren Gläubigerschutzes in Bezug auf opportunistisches Verhalten.....	47
1. Kosten-Nutzen-Analyse in Szenario 1	47
a. Nutzen für die Aktionäre	47
b. Kosten für die Aktionäre	48
c. Verhältnis von Kosten und Nutzen.....	48

2.	Kosten-Nutzen-Analyse in Szenario 2	49
a.	Im Fall der Abspaltung oder Ausgliederung	49
(i)	Nutzen für die Aktionäre	49
(ii)	Kosten für die Aktionäre	49
(iii)	Verhältnis von Kosten und Nutzen.....	50
b.	Im Fall der Verschmelzung oder Aufspaltung	51
(i)	Nutzen für die Aktionäre	51
(ii)	Kosten für die Aktionäre	51
(iii)	Verhältnis von Kosten und Nutzen.....	51
3.	Zwischenergebnis.....	52
II.	Konkretisierung der Gesetzeslücke	52
C.	Fazit	55
4. Kapitel:	Potential der aktienrechtlichen Gläubigerschutzinstitute zur Verhinderung opportunistischen Verhaltens	57
A.	Abspaltung von positivem Vermögen als Einlagenrückgewähr	59
I.	Vorliegen einer Einlagenrückgewähr	59
1.	Definition von „Leistung“ i.S.v. § 57 AktG	59
2.	Anteilsgewährung als Leistung i.S.d. § 57 AktG.....	60
3.	Leistung in einer bestimmten Form	61
4.	Vermögenstransfer seitens der Aktionäre veranlasst	62
5.	Leistung aufgrund Stellung des Empfängers als Anteilseigner...62	
6.	Gegenstand der Leistung.....	62
II.	Zwischenergebnis	63
B.	Übertragung von Verbindlichkeiten als Einlagenrückgewähr	64
I.	Vorliegen einer Einlagenrückgewähr im Falle einer Abspaltung oder Ausgliederung	67
1.	Leistung in einer bestimmten Form	67
2.	Vermögenstransfer seitens der Aktionäre veranlasst.....	67
3.	Leistung aufgrund Stellung des Empfängers als Anteilseigner...68	
4.	Gegenstand der Leistung.....	68

5.	Zwischenergebnis.....	69
II.	Vorliegen einer Einlagenrückgewähr im Falle einer Verschmelzung oder Aufspaltung	70
1.	Leistung in einer bestimmten Form	70
2.	Vermögenstransfer seitens der Aktionäre veranlasst	70
3.	Leistung aufgrund Stellung des Empfängers als Anteilseigner..	70
4.	Gegenstand der Leistung.....	70
5.	Zwischenergebnis.....	71
III.	Teleologische Interpretation des § 57 AktG.....	71
1.	Meinungsstand in der Literatur zu Sinn und Zweck des § 57 AktG	72
a.	Einheitliche Zweckbestimmung	72
b.	Differenzierende Betrachtung.....	75
c.	Divergenzen der Theorien und mögliche Kritikpunkte	76
2.	Interpretation der aktienrechtlichen Vermögensbindung als verhaltensbasiertes Schutzkonzept	80
a.	Verbot bestimmter Verhaltensweisen als normative Notwendigkeit.....	80
b.	Bedeutung und Inhaltsbestimmung einer „verhaltensbasierten Systematik“	81
c.	Sinnhaftigkeit der Adaption verhaltensbasierter Maximen auf aktienrechtliche Vermögensbindung	83
d.	Hinweise auf verhaltensbasierte Maximen der aktienrechtlichen Vermögensbindung	86
(i)	Zusammenfassung der „Telekom III“-Entscheidung des Bundesgerichtshofs	86
(ii)	Übernahme der Prospektverantwortung als Leistung i.S.d. § 57 AktG	88
(iii)	Wesentlichkeit der Entscheidung für die Auslegung des § 57 AktG	90
3.	Zwischenergebnis.....	92

IV. Praktische Unterschiede der (Nicht-)Anwendung von § 57 AktG.....	93
C. Fazit.....	96
5. Kapitel: Anwendbarkeit des § 57 AktG im Rahmen des Umwandlungsgesetzes	99
A. Gegenüberstellung der Gläubigerschutzsysteme.....	100
I. Divergenzen der beiden Systeme	103
II. Grundsätzlicher Vorrang umwandlungsrechtlicher Gläubigerschutzinstitute	105
1. Szenario 1: Abspaltung von positivem Vermögen	106
a. Meinungsstand zur Anwendbarkeit des § 57 AktG im Falle einer Abspaltung von positivem Vermögen	107
(i) Abspaltung als ungeschriebener Ausnahmetatbestand des § 57 AktG	108
(ii) Lösung der Problematik auf Konkurrenzebene	109
(iii) Stellungnahme	112
b. Rechtsprechung des Landwirtschaftssenats des Bundesgerichtshofs	113
c. Schutzmfang des § 133 UmwG	115
d. Hinweise auf den Willen des Gesetzgebers ex §§ 145, 146 UmwG	117
e. Zwischenergebnis	119
2. Szenario 2: Debt-push-down auf Tochtergesellschaften	120
a. § 22 UmwG als „Nukleus“ des Gläubigerschutzes	121
b. Sinn und Zweck des Umwandlungsgesetzes und dessen Gläubigerschutz	121
c. Zwischenergebnis	122
B. Sinnhaftigkeit der Anwendung des § 57 AktG	123
I. Darstellung des Streitstands	124

1.	Anwendbarkeit des § 57 AktG nach der aktuellen Rechtsprechung zur Ausgliederung von Pensionsverbindlichkeiten.....	124
a.	Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts	126
b.	Bestätigender Beschluss des Bundesarbeitsgerichts.....	127
c.	Gegensätzliche Entscheidung des Amtsgerichts Hamburg...129	
d.	Zustimmende Entscheidung des Landgerichts Hamburg ...130	
2.	Anwendbarkeit kapitalschützender Normen bei Verschmelzung eines überschuldeten Rechtsträgers	132
a.	Fürsprecher für den Vorrang kapitalschützender Normen ...135	
b.	Gegenansichten für den Vorrang des Umwandlungsgesetzes.....	140
c.	Ansichten zur Nichteröffnung des Anwendungsbereichs der §§ 30, 31 GmbHG	142
II.	Auswertung der Streitstände.....	145
1.	Die unzureichende Argumentation in Rechtsprechung und Literatur	145
a.	Stellungnahme zur Anwendung des § 57 AktG nach Rechtsprechung zur Ausgliederung von Pensionsverbindlichkeiten	146
b.	Stellungnahme zur Verschmelzung überschuldeter Rechtsträger	149
2.	Teleologisch-funktionale Argumentation	153
a.	Kein „Freischein“ für Gesellschafteropportunismus nach Umwandlungsreglement	153
b.	Verhinderung des ex post Opportunismus durch Verbotsnormen.....	155
C.	Fazit.....	156
6. Kapitel: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	159	
Literaturverzeichnis	163	